

- AKADEMIE
- gut gemacht.
- V%rteilsclub
- Aboangebote
- Tarif

Zur Steiermark-Ausgabe

**KLEINE  
ZEITUNG**

Zuletzt aktualisiert: 14.03.2014 um 14:13 Uhr

## ÖBB: Verfahren um Millionenspekulationen eingestellt

Die Ermittlungen der Justiz drehten sich um einen 613 Millionen Euro schweren Deal der ÖBB mit der Deutschen Bank im Jahr 2005. Es gab herbe Verluste, dem frühere Bahnchef Huber und weiteren beschuldigten Vorständen konnte aber kein Schädigungsvorsatz nachgewiesen werden.



Foto © APA Ex-Bahnchef Martin Huber

Die Justiz hat ihre strafrechtlichen Ermittlungen rund um die millionenschweren verlustreichen Spekulationsgeschäfte der ÖBB beendet. Dem frühere Bahnchef Martin Huber und weiteren beschuldigten Vorständen konnte kein Schädigungsvorsatz nachgewiesen werden, schreibt die Staatsanwaltschaft Wien in ihrer Benachrichtigung vom 11. März. Daher wurden die Untreueermittlungen eingestellt. Hinsichtlich des Vorwurfs, dass der Vorstand den Aufsichtsrat falsch informiert habe, ist bereits Verjährung eingetreten.

Die Ermittlungen der Justiz drehten sich um einen 613 Millionen Euro schweren Deal der ÖBB mit der Deutschen Bank im Jahr 2005. Das riskante Kreditversicherungsgeschäft zog Rechtsstreitigkeiten nach

sich, letztendlich stieg die Staatsbahn vorzeitig aus, was sie 295 Millionen Euro kostete. Die Staatsanwaltschaft hatte neben Huber unter anderem auch den früheren ÖBB-Holding-Vorstand Erich Söllinger sowie Gilbert Trattner, ehemals Finanzvorstand der ÖBB-Infrastruktur AG, im Visier. Auch bei ihnen besteht kein weiterer Grund zur Verfolgung. Laut "Standard" (Freitag) sind insgesamt 12 ehemalige ÖBB-Manager aus dem Schneider.

In einem weiteren Punkt können Huber und Co. ebenfalls aufatmen. Bei umstrittenen Immobiliengeschäften der ÖBB in den Jahren 2005 bis 2007 war den handelnden Personen kein Schädigungsvorsatz nachzuweisen, das Untreueverfahren wurde eingestellt, wie aus einer weiteren Benachrichtigung der Staatsanwaltschaft vom Mittwoch hervorgeht. Laut Huber-Anwalt Meinhard Novak ging es dabei um die Entscheidung der ÖBB-Holding im Jahr 2005, die Konzernzentrale zwischenzeitlich in die Twin Towers am Wienerberg zu verlegen, wie er am Freitag zur APA sagte. Der Rechnungshof hatte dies 2008 heftig kritisiert, die staatlichen Prüfer vermissten unter anderem "Wirtschaftlichkeitsberechnungen". Auch den Deal mit der Deutschen Bank hatte der RH gerügt.

Für Huber ist es puncto Gericht aber noch nicht vorbei. Er ist derzeit im sogenannten Telekom-V-Prozess um die Causa Schillerplatz angeklagt. Dieser dreht sich um den Verkauf einer Wiener Luxusimmobilie durch die Telekom Austria an Huber und seine Ehefrau. Die Staatsanwaltschaft wirft den damaligen Telekom-Vorständen Heinz Sundt und Stefano Colombo sowie Huber Untreue vor. Für sie alle gilt die Unschuldsvermutung, alle Angeklagten haben auf nicht schuldig plädiert.

Das nunmehr eingestellte Strafverfahren der Staatsanwaltschaft Wien gegen den früheren ÖBB-Chef Martin Huber und weitere ehemalige Bahnmanager hatte die Rechnungshofberichte zur Immobiliengebarung sowie zu den Wertpapiergeschäften der ÖBB als Grundlage, erklärte Behördensprecher Thomas Vecsey der APA.

Die Kritik des RH an den Immobiliendeals habe zum Beispiel "den Transaktionen bezüglich Erdberger Lände (Postbusgelände) und des Verkaufs von Projekten in der Nordbahnstraße" gegolten. Die zwischenzeitliche Verlegung der ÖBB-Zentrale auf den Wienerberg sei nicht Thema des Verfahrens gewesen.

Es seien gegen sämtliche Beschuldigte die Ermittlungen eingestellt worden.

## **Betriebsrat empört**

Die Einstellung des Strafverfahrens gegen Ex-ÖBB-Chef Martin Huber und andere frühere Bahnmanager rund um die verlustreichen Millionenspekulationen der ÖBB empören den Betriebsrat des Konzerns. "Wie blind ist Justitia schon, wenn es um Ermittlungen und Verfahren gegen Manager oder Politiker aus der Zeit der ÖVP/FPÖ-Regierungskoalition geht?", fragt sich Belegschaftsvertreter Roman Hebenstreit.